

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verlagsort: Weichselstraße Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Veranschlagung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Veilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Besamtwortlich für die Redaktion: J. S.; Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 67

Dresden, Freitag, 20. März

1925

Die Lohnsteuer vor dem Reichstag.

Sitzung vom 19. März.

Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Scheidemann (Soz.) als Zeugen vor dem Schwurgericht in Weimar wird verweigert. Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Stämpfer und Braun (Soz.) im Rothardt-Prozess wird erteilt.

Abg. Well (B.) stellt als Berichterstatter fest, daß im Rothardt-Prozess das öffentliche Interesse an der Klarstellung der Vorgänge so groß sei, daß auch die Reichstagsabgeordneten während der Parolenzeit als Zeugen vernommen werden müßten. Die Zahl der zu vernehmenden Reichstagsabgeordneten sei aber in der letzten Zeit so stark gewachsen, daß eine bedeutende Kollision zwischen dem öffentlichen Interesse und dem parlamentarischen Interesse entstanden sei. Es wäre ein unmöglicher Zustand, daß viel Abgeordnete auf diese Weise an wichtigen Bestimmungen nicht teilnehmen könnten. In Zukunft werde die Genehmigung nur noch bei außerordentlich wichtigen Angelegenheiten erteilt werden.

die vorläufige Regelung des Haushaltsplanes für 1925.

Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt. Abg. Stücken (Soz.) berichtet: Der Ausschuss empfiehlt die Annahme einer Entschärfung, die die Reichsregierung ersucht, bei der Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen zu ergreifen, die der möglichen Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung dienen und die Reichsministerien in vollem Umfang zu wahren. Die für diese Umstellung unentbehrlichen Mittel sollen von der Reichsregierung mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstages zur Verfügung gestellt werden.

Der Rotetal soll bis zum 31. Mai d. J. befristet werden. Die Deutschen Werke sollen nicht so schlecht da, wie dies in der Öffentlichkeit angenommen wird. Man war im Ausschuss der Meinung, daß alles getan werden müsse, um die in den Deutschen Werken inwiefern großen Vermögenswerte vor Verlusten zu bewahren.

Die Abg. Müller-Franken (Soz.) und Wen. beantragen den Aufschub, daß vom 1. April 1925 ab der steuerfreie Betrag monatlich 100 M. und wöchentlich 24 M. betragen soll.

Abg. Grotter (Komm.): Wir sprechen bei dieser Gelegenheit der Regierung Luther unser schärfstes Mißtrauen aus.

Die ersten Paragraphen der Vorlage werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abg. Meier-Baden (Soz.): Wir müssen zunächst feststellen,

daß ein Monat des Wirtschaftsjahrs 1,5 Milliarden mehr an Steuern erbracht haben, als im Gesamtjahr für zwölf Monate vorhergegangen war.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie war das möglich, und aus welchen Steuerquellen sind die 1,5 Milliarden Überschuss geflossen? Bei Prüfungen des Etats ergibt sich, daß Lohn- und Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern nahezu ein Drittel des Überschusses liefern. Wenn wir den Monat März noch hinzunehmen, so werden wir feststellen können,

daß allein die Lohnsteuer den Etat der Einkommensteuer decken dürfte und daß das Wachstum der Einkommen- und Gehaltsempfänger gar nicht mehr dazu notwendig ist, den Monat zu Monat mit einer einzigen Ausnahme ist fortgesetzt eine gesteigerte Einnahme aus der Lohnsteuer erzielt worden. Im April 1924 erbrachte sie 79,5 Mill., im Januar 1925: 126 Mill. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Steuerstand hat also ohne Rücksicht auf die Befreiung der Lebenshaltung von Lohn- und Gehaltsempfängern das bisherige, was sie sich an Steuern im Laufe des Jahres erträglich leisten, weggefordert. Das ist sozial und gerechtlich ein unerträgliches Zustand.

(Beifall bei den Soz.) Unser Antrag hat den Zweck, diesen Zustand zu beenden.

Das Finanzministerium will sämtliche Kapitalrenten abbauen; es denkt dagegen nicht daran, die Freigabe der Klassen der Lohn- und Gehaltsempfänger heranzuführen.

(Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär erklärte damals, daß der sozialdemokratische Antrag, die Freigabe von 60 auf 100 M. festzusetzen, einen Steueranfall von 600 Mill. bedeuten würde, den das Reich jetzt nicht tragen

könne. Die 600 Mill., die Herr Poppich als Ausfall errechnet hat, werden der Kaufkraft der breiten Schichten unseres Volkes entzogen. Das ist sozial gesehen um so unerträglich, als das Finanzministerium die Absicht hat, sämtliche Kapitalrenten abzubauen, weil der deutschen Wirtschaft wieder die Möglichkeit der Kapitalbildung gegeben werden soll.

Es dem Finanzminister nicht bekannt, daß in der Vorkriegszeit die deutschen Spartassen nicht unerheblich zur Kapitalbildung beigetragen haben?

Es dem Finanzministerium nicht bekannt, daß selbst das unsoziale Verhalten unserer Steuererhebung gemacht hat? Das geradezu grausame Unrecht der jenseitigen Lohnsteuer besteht darin, daß man ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn- und Gehaltsempfänger das ganze Jahr in Arbeit steht und ein bestimmtes Einkommen hat, ihn in dem Augenblick zur Einkommensteuer heranzieht, wo er über die Freigrenze hinaus verdient hat. Wenn Sie Verständnis für das soziale und gerechte Unrecht haben, das im gegenwärtigen Einkommensteuergesetz vorhanden ist, werden Sie unserem Antrag zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister v. Schuler: Der Antrag will eine Frage regeln, die ein Kernpunkt des großen Steuerprogramms der Regierung ist, das in nächster Zeit erledigt werden soll. Es scheint mir nicht angebracht, eine allerdings sehr wichtige Frage aus diesem Steuerprogramm vorweg zu nehmen und in ein Gesetz hineinzufügen, das nur auf drei Monate befristet ist. Die Einkommensteuer steigt im 90 Proz. der Länder zu. Wird der Antrag angenommen, so werden die Einkommen der Länder und Gemeinden so beschränkt, daß sie ihre öffentlichen Ausgaben nicht mehr erfüllen können.

Die Landesregierungen würden daher genötigt sein, im Reichsdiet den Gehalt zu senken, daß gegen diesen Rotetal Einspruch erhoben wird.

Abg. Dr. Grünig (B.): Durch neue Ausgaben und die geplante Herabsetzung der Befreiung ist die Gefahr einer größeren Belastung der breiten Massen gegeben.

Abg. Dr. Herz (Soz.): Die Erklärung der Reichsregierung zeigt klar, daß sie sich nicht mehr an die Versprechungen gebunden erachtet, die in der offiziellen Erklärung der Reichsregierung abgegeben worden sind. Das Reichsfinanzministerium sieht der ständig steigenden Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger ruhig zu.

Wenn unser Antrag erst dem Steueranlass überwiegen wird, so bedeutet das, daß die Lohnsteuer in einer zu Unrecht herausgehobenen Höhe noch auf viele Monate hinaus erhoben wird.

Der Einwand, daß die Länder und Gemeinden durch die Senkung der Lohnsteuer in Schwierigkeiten kommen, ist nicht stichhaltig. Die Lohnsteuer bringt über Erwarungen hohe Beiträge, mit denen auch die Länder nicht rechnen konnten.

Unser Antrag liegt dem Reichstag bereits seit fast drei Monaten vor. Die Sozialdemokratische Fraktion hat mehrfach den Versuch gemacht, die Regelung dieser Frage durchzusetzen, sie hat dabei keine Unterstützung gefunden.

Auch das Reichsfinanzministerium hat in seinen Steuerplänen nicht einen einzigen Vorschlag über die Senkung der Lohnsteuer gemacht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) erhebt grundsätzlich Einspruch gegen den sozialdemokratischen Antrag. Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) stimmt grundsätzlich dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Abg. Well (Soz.): Der Abg. Dr. Fischer-Röhl hat vorhin mit Recht betont, daß vorwiegend formale Einwände gegen den Antrag erhoben werden. Wir wollen diesen formalen Einwänden Rechnung tragen und uns damit einverstanden erklären, daß der Antrag getrennt von dem Rotetal weiter behandelt wird. Wir gehen aber davon aus, daß dieser Antrag als selbständiger Antrag schon jetzt an den Steueraussschuß verwiesen und dort vielfach schon morgen beraten wird.

Die Erwidrigung muß mit dem 1. April in Kraft treten.

Es wird auch in einer Frist von 10-12 Tagen möglich sein, die Vorbereitungen zu einer veränderten Berechnung der Lohnsteuer zu treffen.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.) wird dem Steueraussschuß überwiesen.

Benesch's Sicherheitsvorschläge.

Günstige Aufnahme in England.

London, 20. März.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ glaubt, daß der Plan des tschechoslowakischen Ministers Benesch zwei besondere Gruppen von Politikern sympathische Erwägung gefunden habe und daß Chamberlain beim Kabinett darauf dringen werde, daß es seinen ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer Konferenz zwischen Deutschland und Frankreich geltend mache. Daß die Vereinigten Staaten, wenn auch nur in beratender Eigenschaft an den Verhandlungen teilnehmen, sei außer Zweifel.

Bezüglich der Washingtoner Abrüstungskonferenz heiße es, daß augenblicklich keine Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich in der heiklen Frage der Einschränkung des U-Bootbaus zu erzielen und daß auch Chamberlain nicht in der Lage sei, zu erklären, daß eine Verständigung in Aussicht stehe. Die kleine Entente und die östlichen Staaten üben einen beträchtlichen Druck auf Frankreich aus, damit es eine weniger negative Haltung einnehme. Die Tatsache, daß es Neigung zeigt, mit Deutschland zusammen zu arbeiten, werde als hoffnungsvolles Zeichen angesehen.

Aufgaben deutscher Abgeordneter im Prager Parlament.

Prag, 19. März.

Deutsche Abgeordnete haben unter Hinweis auf die in die Öffentlichkeit gedruckten Nachrichten über das deutsche Garantieangebot und über die Äußerungen des tschechoslowakischen Ministers Dr. Benesch über die Ge-

schwinde der Genfer und Pariser Besprechungen eine dringliche Interpellation eingereicht, in der sie an den Minister des Äußeren folgende Fragen richten:

1. Ist der Minister bereit, im Auswärtigen-Ausschuß nach seiner Rückkehr eingehenden Bericht über seine Stellungnahme bei den Genfer und Pariser Besprechungen zu erstatten?

2. Hat der Minister des Äußeren Kenntnis von dem genannten Inhalt des deutschen Garantieangebots erhalten und ist er in der Lage, eine Mitteilung darüber zu machen?

3. Ist sich der Minister dessen bewußt, daß der Erfolg aller auf Erzielung des europäischen Friedens gerichteten Bemühungen in erster Linie durch die Bestrebungen der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa bedingt ist?

Minister Benesch wird, wie verlautet, am Montag im Auswärtigen Ausschuss einen Bericht über die außenpolitische Lage erstatten.

Ein englischer Schritt in Berlin?

Paris, 19. März.

In politischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung auf Grund der Feststellungen, die Herricot dem Außenminister Chamberlain gab, in Berlin einen Schritt unternehmen wird, damit die deutsche Regierung ihrem Garantieangebot die Form eines konkreten und genauen Vorschlages gebe. Der französische Ministerpräsident soll Chamberlain gegenüber erklärt haben, daß seine Regierung bereit ist, das deutsche Angebot ernsthaft zu prüfen, wenn es sich wirklich um einen Vorschlag der deutschen Regierung und nicht um einen auf London zurückzuführenden Sondierungsversuch handle.

Abg. Bismann (Soz.): Wir stimmen der Entschärfung des Haushaltsausschusses zu, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, für die Deutschen Werke Mittel zur Befreiung zu stellen. Die Entschärfung sagt aber nicht, wie die Umstellung der Deutschen Werke geplant ist. Die Arbeitslosigkeit hat leider heute noch einen so großen Umfang, daß wir jede Arbeitsgelegenheit ausbehalten müssen. Der nicht freigelegte Teil der Betriebe der Deutschen Werke steht durchaus musterhaft da. Ist es ein Vorwurf, wenn jetzt die Deutschen Werke Betriebskapital benötigen? Auch die AEG, die Siemens-Werke, der Daniel-Bonjean, also die finanziell am besten fundierten Werke, mußten nach Abschluß der Investitionsperiode sich Kredite als Betriebskapital verschaffen lassen.

Es darf keine Rede davon sein, daß sich etwa das Privatkapital auf hinterlegen verweigert, um zur Rettung der Aktien zu gelangen und dann die ungeheuren Werte, die in den Deutschen Werken ruhen, für sich zu beanspruchen. Die Deutschen Werke müssen im Reichsbetrieb bleiben. (Zehr wahr! b. d. Soz.)

Nicht Verschleuderung des Reichsguts, sondern Erhaltung nicht Entlassung der Arbeitnehmer, sondern Erhaltung der Arbeitskraft und Weiterbeschäftigung. Das sind die Gesichtspunkte, die uns leiten, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Grünig (B.): Im Vorjahre habe das Reich 18 Millionen in die Deutschen Werke gesteckt, jetzt werden wieder 30 bis 40 Millionen gesteckt. Da könnte die Privatindustrie nicht ruhig zusehen.

Abg. Grünig (B.) erklärt, die Frage der Deutschen Werke muß mit aller Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden. Seine Partei werde sich unter keinen Umständen dazu hergeben, dauernd Unsummen in ein Hoff ohne Boden zu werfen.

Der Rotetal wird dann in zweiter Beratung angenommen. Über die Entschärfung, betreffend die Deutschen Werke, wird erst in dritter Beratung abgehandelt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs zur Regelung des Finanzausgleichs im ersten Halbjahr 1925. Durch die Vorlage wird lediglich der geltende Finanzausgleich bis zum 30. September verlängert, zu welchem Zeitpunkt dann der endgültige Finanzausgleich in Kraft treten soll.

Abg. Junke (Soz.) erklärt, seine Fraktion könne keinerlei Bindung über den Finanzausgleich eingehen und behalte sich volle Handlungsfreiheit vor.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das Haus geht dann die am Mittwoch abgebrochene Beratung über den Antrag des Wohnungsausschusses über.

Mieterschutz usw.

fort. Beibehalten damit werden der sozialdemokratische Antrag über ein Wohnungsprogramm und der deutsch-nationale Antrag über die Verwendung der Hauszinssteuer.

Abg. Lipinski (Soz.): Wir können die Aufhebung der Wohnungswirtschaft nicht wollen, wollen aber mit unseren Vorschlägen aus dem Wohnungsgeld herausführen.

Die Forderung einer 100prozentigen Friedensmiete ist ungerath.

Die Hypotheken sind bis auf 15 Prozent abgewertet worden; würde da die volle Friedensmiete wieder eingeführt, so könnte mit den Wohnungen ein ungeheurer Wucher getrieben werden. Früher hat der Hausbesitz jährlich 250 Millionen Hypothekenzinsen zahlen müssen, jetzt gibt es überhaupt nur noch Hypotheken im Gesamtbetrag von 770 Millionen, für die gegenwärtig nur 15 Millionen Zinsen zu zahlen sind. Wer die volle Friedensmiete wieder einführen will, unterdrückt den Wohnungswucher. (Beifall bei den Demokraten.) Selbst bei einer Aufwertung bis 20 Prozent, aber die die Regierung nicht hinausgeben will, würde die volle Friedensmiete Wucherbedeuten.

Es ist durchaus nicht angemessen, daß allein durch die freie Wohnungswirtschaft für genügenden Wohnungsbau gesorgt werden könnte. Eine ähnliche Statistik berechnet, daß auf 1000 Einwohner 17 Wohnungen fehlen; nach dieser und nach anderen Berechnungen kommt man im ganzen Reich auf einen Wohnungsmangel von 1200000 Wohnungen. Die freie Wohnungswirtschaft ist schon deshalb unmöglich, weil sie nicht genug Privatkapital bekommen kann oder nur so lautes Kapital, daß die Wohnmieten so hoch werden, daß die Woh-

Das Blutbad in Halle.

nungen nicht gemietet werden können. Der Wohnungsbedarf steigt von Jahr zu Jahr und kann bald die doppelte Ziffer von 2.400.000 Wohnungen erreichen.

Von der Mietsteuer ist der geringste Teil für den Wohnungsbau verwendet worden; in Sachsen zwar 10 Proz., dagegen in Thüringen nur 1,4 in Baden 4, in Thüringen 2, in Preußen 2 Proz. (Hört, hört!) Alles andere dient den Finanzen der Länder und Gemeinden, und da auch wieder die Arbeiter das meiste an der Mietsteuer aufbringen, während die Landwirtschaf ganz steuerlos ist, so sind es die Arbeiter, die die eigentlichen Träger der Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden geworden sind.

In Bezug auf die Wohnungsnotlage wünschen wir, daß sie ausschließlich zum Wohnungsbau und zur Erhaltung der Altimwohnungen verwendet wird.

Um die Regierung in Preußen.

Wie die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums mitteilt, hat der Ministerpräsident Marx den Antrag zur Bildung des Kabinetts zurückgegeben.

Im preussischen Landtage fanden heute abend eingehende Verhandlungen der Fraktionen über die Neubildung der Regierung statt.

Am Schluß der heutigen Landtagssitzung beantragte die Deutsche Volkspartei, auf die morgige Tagesordnung als ersten Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten zu setzen.

Vertagung der Wahl.

Am Schluß der heutigen Landtagssitzung beantragte die Deutsche Volkspartei, auf die morgige Tagesordnung als ersten Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten zu setzen.

Bis 31. März?

Der Sozialdemokratische Parlamentarier meldet: Der Ausschuss des Landtags wird am Freitag vormittag den Termin zur Neuwahl des Ministerpräsidenten bestimmen.

Ernst Christoph Graf Mantuffel, ein Minister August des Starcken.

Aber dieses Thema sprach am Mittwoch den 11. d. M. im Verein für Geschichte Dresdens Hr. cand. phil. Thea v. Seydewitz. Aus archivarischem Stoff, vor allem aus dem riesigen Nachlass Mantuffels, entwarf die Vortragende ein abgerundetes Lebens- und Charakterbild dieses typischen Rokoko-menschen.

Berlin, 19. März. Im preussischen Landtage wurden heute die Anfragen der Sozialdemokraten und der Kommunisten über die Schießerei in Halle verhandelt.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) nannte das Verbot der Kulländerreden ungeschicklich und eine Zumutung und sagte weiter: Der zur Überwachung kommandierte Polizeioffizier geniesst in der Bevölkerung von Halle einen sehr schlechten Ruf.

Die kommunistische Abgeordnete Frau Krüger schob alle Schuld restlos auf die Polizei.

Minister Severing erklärte u. a.: Die Haltung des Polizeipräsidenten habe ich nicht verstanden. Man braucht die gewöhnlich sehr klügeligen Sängenden Anführungen der Kommunisten nicht immer alles tagtäglich zu nehmen.

Auf der anderen Seite ist das Verhalten der kommunistischen Versammlungsvorstände in keiner Weise einwand-

Der Schiedsspruch im Eisenbahnerstreik verbindlich erklärt.

Nachdem auch die geizigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu keiner Verständigung geführt hätten, hat der Reichsarbeitsminister sich entschlossen, den Schiedsspruch vom 13. d. M. von Amts wegen für verbindlich zu erklären.

Die Stellung der Gewerkschaften.

Die am Lohn- und Arbeitsstellenstreik bei der Reichsbahn beteiligten Gewerkschaften haben dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß sie sich der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches sagen würden.

frei. Der Versammlung ist von dem Verbot keine Mitteilung gemacht worden.

Schließlich kommen auch die Schlichterungen nicht allein von der Polizei. Die Frage der Schlichterungen bedarf allerdings noch der rechtlichen Klärung.

Nach welchen Vorkundgebungen der Kommunisten, die den Minister mit Schimpfworten überschütteten, wurde die Aussprache eröffnet, die schließlich auf Freitag vertagt wurde.

Die Untersuchung.

Halle, 19. März. Die Obduktion der Leichen hat ergeben, daß mehrere der Toten nicht erschossen, sondern im Gedränge erdrückt worden waren.

Die Beisehung der Toten.

Halle, 19. März. Am späten Nachmittag ging auf dem Friedhof der Beisehung der Opfer des Blutvergießens im Volkspark ohne Störung vor sich.

In Berlin und Halle legten heute, wie die B. Z. berichtet, in einzelnen Bezirken zwischen 11 und 1/2 Uhr vormittags die Kommunisten die Arbeit nieder, um so während der Aushubung der halleschen Opfer gegen die blutigen Vorgänge in Halle zu protestieren.

Die Eisenbahnergewerkschaften fordern in einem Aufruf die streikenden Eisenbahner auf, sich geschlossen zum Dienstreit zu melden.

Die Reichsbahn verspricht Erfüllung.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat erklärt, daß sie den Inhalt des Schiedsspruches ausführen werde, obwohl erhebliche rechtliche und finanzielle Bedenken der Ausführung entgegenstünden.

Die Aufwertungsfrage.

Im Aufwertungsaufruf des Reichstages erklärte der Reichsjustizminister Frentzen, daß im Reichskabinett über den Aufwertungsgegenstand entscheidende Beschlüsse gefaßt worden seien und daß die Regierung hoffe, den Entwurf noch im Laufe der nächsten Woche dem Reichstage zuleiten zu können.

1925 verhängert. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß die Wahl des neuen Reichspräsidenten festgesetzt sein werde.

Die Reichspräsidenten-Kandidaten.

Künftig wird gemeldet: Die auf Grund der Wahlvorschriften für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zugelassenen Kandidaten, deren Namen auf dem amtlichen Stimmzettel gedruckt sind, sind folgende: 1. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D., Berlin; 2. Dr. Heinrich Held, bayerischer Ministerpräsident, München; 3. Dr. Wilhelm Gieseler, baltischer Staatspräsident, Riga; 4. Dr. Karl Jarres, Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg; 5. Erich Lubenow, General der Infanterie a. D., München; 6. Wilhelm Marx, Reichsminister a. D., Berlin; 7. Ernst Thälmann, Transportarbeiter und M. d. L., Berlin.

Noch ein Kandidat.

Halle, 19. März. Die deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei hat den Reichspräsidenten beim Reichsgericht in Leipzig, Dr. Lobe, als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt.

Die Rolle des Stahlhelms in Striegau.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute. Aber den sozialdemokratischen Bundestag Daubenthaler wurde festgestellt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe in einem Verfahren der Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruchs vorgetragen werden können.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute.

Für den Hauptangeklagten Reichsbannermann Geburt erklärt auch der Staatsanwalt jetzt der Nachweis einer schuldigen Täterschaft während des Zusammenstoßes für gescheitert.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute.

Die letzten Verhandlungen im Schwed-nischer Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten wesentliche Zustimmungen zugunsten des Reichsbanners und zugunsten der Stahlhelmeute.

Streu Benjamin Lieberabend im Vogenhaus fleh und die Wahrnehmung machen, daß es in Amerika um die Organisierung gegenwärtig nicht schlecht bestellt ist, jedenfalls eher besser als bei uns.

Streu Benjamin Lieberabend im Vogenhaus fleh und die Wahrnehmung machen, daß es in Amerika um die Organisierung gegenwärtig nicht schlecht bestellt ist, jedenfalls eher besser als bei uns.

Streu Benjamin Lieberabend im Vogenhaus fleh und die Wahrnehmung machen, daß es in Amerika um die Organisierung gegenwärtig nicht schlecht bestellt ist, jedenfalls eher besser als bei uns.

Streu Benjamin Lieberabend im Vogenhaus fleh und die Wahrnehmung machen, daß es in Amerika um die Organisierung gegenwärtig nicht schlecht bestellt ist, jedenfalls eher besser als bei uns.

Barmats Lieferungen.

Das Opfer der Stahlhelmkollaterale hat auf Grund der Aussagen seiner Zeugen bereits einen Strafbescheid wegen unerlaubten Waffentragens erhalten, obwohl er unter 20 Jahren, niemals eine Waffe besessen zu haben. Ein siebenjähriger Junge wurde von den Stahlhelmisten mit Gummiknüppeln über den Kopf geschlagen. Auf dieser Straftat Reichsbannerleute und auch Postboten sind mit Gummiknüppeln und blanken Säbeln behandelt worden.

Die Staatsanwaltschaft muß bei allen diesen von verschiedenen Zeugen vielfach bestätigten schweren Ausschreitungen immer wieder erklären, daß sie keinen einzigen von den Tätern festnehmen konnten.

Die Beweiskritik dürfte noch eine weitere Anzahl von Verhandlungstagen in Anspruch nehmen.

Ein politischer Meineidsprozeß.

Weimar, 19. März.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Weimar begann am Donnerstag ein Meineidsprozeß, der auf den Aufenthalt des weimarer Reichspräsidenten in Weimar zur Zeit der Nationalversammlung zurückgeht.

Die vier Angeklagten hatten in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Sonnenberg als Zeugen ausgesagt, Reichspräsident Ebert habe in Weimar in der Trunkenheit auf der Straße den Gutverlorenen als Zeugen für die frühere Ministerialrat Dr. Bauer, der frühere Oberpräsident Wintzig und mehrere Angehörige der damaligen Reichsregierung Weimar vernommen.

Viele Zeugen behaupten, daß Ebert nicht angehalten gewesen sei und es sich nicht um seinen Hut gehandelt habe.

Die Vertreter des „Häuptlinges“ erklärten vor ihrer Vernehmung, daß sie über die Unterzeichnung der Reichspräsidentenwahl nicht wissen wollten.

Der Untersuchungsrichter hätte ihn mit Verhaftung bedroht, wenn sie nicht auszusagen, daß Ebert angehalten gewesen sei.

Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Die Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Gesetzentwurf soll bestehen aus drei Teilen: dem Reichsgesetz über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt soll als öffentliche Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet werden. Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Gesetzentwurf soll bestehen aus drei Teilen: dem Reichsgesetz über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt soll als öffentliche Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet werden. Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Ruhepunkt in den Erbscheinungen — Romanze von Eteny und Fantasia von Veranois für vier Stimmstimmen —

Sächsische Staatsoper, Opernhaus, Sonntag, den 22. März, 8 Uhr.

Das Opernhaus ist heute wieder ein Ort der Freude und der Freude. Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude. Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude.

Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude. Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude.

Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude. Die Opern sind heute wieder ein Ort der Freude und der Freude.

Die Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Gesetzentwurf soll bestehen aus drei Teilen: dem Reichsgesetz über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt soll als öffentliche Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet werden. Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Gesetzentwurf soll bestehen aus drei Teilen: dem Reichsgesetz über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt soll als öffentliche Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet werden. Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Der Gesetzentwurf soll bestehen aus drei Teilen: dem Reichsgesetz über die Gründung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, dem Reichsgesetz über die Organisation der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbankkreditanstalt soll als öffentliche Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet werden. Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Die Anstalt soll die Aufgabe haben, die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten und die in der Reichsregierung vorhandenen Rentenansprüche zu verwalten.

Barmats Lieferungen.

Berlin, 19. März.

Der Kreditausschuß des Reichstags legte am Donnerstag vormittag seine Untersuchung vor. Als Zeuge wurde zunächst der frühere Leiter der Schmalzabteilung der Reichsfabrik für Schmalzwaren vernommen. Es sei aufzuheben, daß Barmat große Leistungen erhalten habe. Die Zahlungsbedingungen seien äußerst kompliziert gewesen und man habe im Amt gemeint, daß nicht Barmat dem Reich, sondern das Reich Barmat Kredite gewährte. Bei der Abfertigung der Saluta in Schwelger seien die Bücher der Saluta in Schwelger vernichtet. In der Behauptung, daß der Minister Robert Schmidt Herrn Barmat begünstigt habe, erklärt der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei.

Ein Druck zugunsten Barmats sei nicht ausgeübt worden, aber wiederholt wurde erklärt, daß das Reich keine Kasse nicht kaufen könne, man müsse einen Kredit von 6 Monaten erteilen und Barmat sei als der einzige Kreditgeber aufgetreten. Der Zeuge habe die Überzeugung, daß die Verträge später zugunsten Barmats annulliert wurden. Mit bestimmten Tatsachen könne er aber keine Überzeugung nicht bringen.

Abg. Robert Schmidt stellt aus den Akten fest, daß die Reichsfabrik und Reichsfabrik den diktatorischen Ausschuss erfüllt habe, den Vertrag mit Barmat zu schließen. Daraufhin erst habe das Ministerium seine Beschlüsse zur Annullierung gegeben.

Die Rückkehr des Barmats habe seinerzeit dem Reichsernährungsausschuß, an dessen Spitze Hermann Bauer, mitgeteilt, daß bei der Abfertigung des Bismarckmilitärgeschäftes nichts Unrechtes vorgekommen sei.

Abg. Dautz (D.V.) versichert, er wolle Robert Schmidt nicht den Vorwurf machen, daß er persönliche Vorteile gehabt habe; dessen habe er ihn nicht für nötig. Aber es scheint, als ob es damals im Wirtschaftsausschuß ein wenig drunter und drüber gegangen sei.

Abg. Schmidt erklärt, bei der Annullierung der Verträge habe das Reichsernährungsausschuß so gehandelt, wie es unter Annäherung der Kaufleute üblich gewesen sei, wenn infolge der eigenartigen Verhältnisse die Lieferanten sehr erhebliche Verluste zu erwarten waren.

Auf eine Frage erklärt der Zeuge Schmalz, seine Bedenken über die Kreditgewährung Barmats habe er erst im Herbst 1920 unter Hermann Bauer geäußert, vorher habe er keine Veranlassung gehabt, sich darüber zu äußern.

Vor der Abstimmung in der Vollversammlung gab jedoch der bayerische Gesandte von Freytag namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß diese dem Entwurf nicht zustimmen könne. Schließlich nahm der Reichstag die Vorlage nach den Ausschlußdebatten mit Mehrheit an.

Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf über Militärgerichte und Militärgerichtsverfahren. Mit den Beschlüssen der Reichstages zur Verlängerung des Besoldungssperregesetzes erklärte sich der Reichstag einverstanden.

Aufgerufene Rentenbank.

Berlin, 19. März.

Durch Bekanntmachung vom 20. d. M. rufte die Deutsche Rentenbank die Rentenbankkreditanstalt zu 50 Rentenmark mit dem Auslieferungstermin vom 1. November 1923 zur Einziehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen bis zum 31. Mai 1925 in Zahlung genommen werden, bei der Kasse der Rentenbank aber bis zum 30. September 1925 gegen andere Rentenbankkredit oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit dem Ablauf des 30. September 1925 werden die aufgerufenen Rentenbankkreditkassen kraftlos und es erlischt damit auch die Umwandlungs- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank.

Vor der Unterzeichnung des deutsch-belgischen Handelsvertrages.

Berlin, 19. März.

Zu den deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen in Brüssel wird berichtet, daß die belgische Delegation gern nach Brüssel abgereist ist, um die Zustimmung ihrer Regierung zu erlangen. Dies dürfte in einigen Tagen der Fall sein. Nachdem der Vertrag unterzeichnet werden wird. Ein paar Bedenkenpunkte sind noch zu klären, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß auch dies gelingen wird. Der Vertrag ist aufgeben auf dem Gedanken, daß eine Übergangszeit von einem Jahr bestehen soll, während welcher die Belgier in einigen Artikeln differenzieren werden. Da diese Übergangszeit schließt sich automatisch der definitive Zustand, in welchem keinerlei Änderungen der Reichsregierung von beiden Seiten vorbehalten sind. Die üblichen Bestimmungen über Schifffahrt, Eisenbahn und Einziehung von Konsulaten sind im Vertrage enthalten. Die Ratifizierung wird erfolgen, wenn die deutsche Zollnovelle in Kraft getreten ist.

Zusagen darüber, daß die Sozialdemokratische Partei hinter Barmat gestanden habe, seien ihm nicht bekannt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Saenger, teilt mit, daß selbstverständlich auch Herr Barmat vor dem Ausschuss vernommen werde.

Ministerialrat Dr. Staudinger behauptet: Barmat sei zweimal bis dreimal im Ministerium gewesen. Der Minister Schmidt habe im Frühjahr 1921 ein Schreiben an die holländische Sozialdemokratie geschickt, worin er von dem Angebot dankend Kenntnis nimmt, daß Barmat bei Beschaffung von Rohmitteln ohne Zuhilfenahme fremder Devisen beihilflich sein werde.

Der Minister Schmidt habe keinen besonders günstigen Eindruck von Barmat gehabt, besonders deswegen, weil Barmat gelegentlich auch die kommunistische Partei unterstützte habe.

Einen ungünstigen geschäftlichen Eindruck habe der Minister Schmidt von Barmat nicht gehabt. Später sei Barmat nicht mehr im Ministerium vorgekommen, sondern an die Referenten verwiesen worden. Der Minister sei aber vorsichtig gewesen, besonders bei solchen Dingen, die mit politisch Gleichgesinnten zusammenhingen.

Schmidt habe den Fragen ausdrücklich beauftragt, die Referenten anzugeben, daß Barmat weder besser noch schlechter als andere Lieferanten behandelt worden solle; denn es habe den Anschein, als ob Barmat wegen seiner Konfession und seiner politischen Gesinnung bevorzugt werde. Es hätten günstige Auskünfte über Barmat vorgelegen, allerdings auch ungünstige.

Auf eine Frage erklärt Dr. Staudinger, daß er erst im Jahre 1923 den Eindruck gewonnen habe, daß Barmat zum straffellosen Geschäftsmann geworden sei.

1919 habe er diesen Eindruck nicht gehabt. Tag unter dem Ministerium Schmidt keine Beziehungen gegen Barmat bestanden hätten, gehe daraus hervor, daß selbst der Staatssekretär Peters nichts davon dem Minister gesagt habe. Über den Kommissar des diktatorischen Ausschusses Bittichow sei oft geklagt worden, wie über jeden Diktator geklagt werde.

Darauf versagte sich der Ausschuss auf unbestimmte Zeit.

Verhandlungen über die Zahlungsmethode der 26 prozentigen Reparationsabgabe.

London, 19. März.

Die Reuters erklärt, haben die deutsche und die englische Regierung Verhandlungen über die Zahlungsmethode der auf die deutsche Ausgabe gelegten 26 prozentigen Reparationsabgabe aufgenommen.

Der ehemalige politische Direktor im polnischen Außenministerium, Dorawski, ist zum holländischen Gesandten in Warschau ernannt worden. Die holländische polnische Delegation in Genf besteht aus vier Personen.

Großbritannien und Rußland.

London, 19. März.

In der gestrigen Unterhausdebatte wurde Chamberlain gefragt, ob die Regierung bereits Somzetraschland mitgeteilt habe, mit welchen Punkten in den von der früheren Regierung abgeschlossenen Verträgen sie nicht einverstanden sei. Chamberlain erwiderte, daß es keinen Zweck habe, die Verträge, die als Ganzes zurückgewiesen seien, in einzelnen zu besprechen. Kennort hat jedoch die Außenminister darauf aufmerksam gemacht, daß Rußland, da die englische Regierung den Vertrag zurückgewiesen habe, sehr nicht gut irgendwelche neuen Schritte unternehmen könne, sondern daß dies jetzt England tun müsse.

Darauf erwiderte der Außenminister, daß seiner Meinung nach die Zeit noch nicht gekommen sei, in der die englische Regierung irgendeinen erfolgreichen Schritt tun könne. Am irgendeinen neuen Schritt mit Aussicht auf Erfolg unternehmen zu können, sei es notwendig, daß die russischen diplomatischen Beziehungen zu allen Teilen der Welt sich zunächst einmal freundschaftlicher und herzlicher gestalten, als sie es bisher gewesen seien.

Ein polnischer Gesandter beim Völkerbund.

Genève, 19. März.

Der ehemalige politische Direktor im polnischen Außenministerium, Dorawski, ist zum holländischen Gesandten in Warschau ernannt worden. Die holländische polnische Delegation in Genf besteht aus vier Personen.

Der Streit in Italien.

Rom, 20. März.

Während die sozialistischen Gewerkschaften den Befehl erteilt haben, daß die Arbeit in Turin wieder aufgenommen werden solle, greift der Streit in Triest und Monfalcone weiter um sich. Die Sozialisten in Turin sind aus der Vereinigung der norditalienischen Gewerkschaften ausgestiegen, und zwar, wie von sozialistisch-gewerkschaftlicher Seite berichtet wird, weil die übrigen Gewerkschaften sich allzu sehr gegenüber den sozialistischen Arbeiterorganisationen gebunden habe.

Unschlüssigmachung einer kommunistischen Bande in Bulgarien.

Sofia, 19. März.

Eine etwa 30 Mann starke kommunistische Bande, die in Kalkoff bei Skumen die Sowjetrepublik ausgerufen hatte, wurde von Regierungstruppen vernichtet. In der Umgebung von Skumen wurden etwa 300 Gefangenen vorgenommen.

Thugutt bleibt.

Warschau, 20. März.

Der Streit im polnischen Kabinett kann als beigelegt betrachtet werden. Der Ministerpräsident Grabki hatte gestern mit dem Minister Thugutt eine längere Besprechung, bei der es zu einer völligen Übereinstimmung der Ansichten kam. Minister Thugutt wird beschuldigt

des 1901/02 zum Unterstaatssekretär im Kaiserlichen Reichsausschuß ernannt. Thugutt ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Seine Tätigkeit in diesen Jahren, in denen er als Mitglied der polnischen Delegation in Genf tätig war, ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Seine Tätigkeit in diesen Jahren, in denen er als Mitglied der polnischen Delegation in Genf tätig war, ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Seine Tätigkeit in diesen Jahren, in denen er als Mitglied der polnischen Delegation in Genf tätig war, ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Seine Tätigkeit in diesen Jahren, in denen er als Mitglied der polnischen Delegation in Genf tätig war, ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Seine Tätigkeit in diesen Jahren, in denen er als Mitglied der polnischen Delegation in Genf tätig war, ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau. Er ist ein junger Mann, geboren am 22. März 1880 in Warschau.

Lord Curzon ist gestorben.

London, 20. März.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Thugutt bleibt.

Warschau, 20. März.

Der Streit im polnischen Kabinett kann als beigelegt betrachtet werden. Der Ministerpräsident Grabki hatte gestern mit dem Minister Thugutt eine längere Besprechung, bei der es zu einer völligen Übereinstimmung der Ansichten kam. Minister Thugutt wird beschuldigt

Unschlüssigmachung einer kommunistischen Bande in Bulgarien.

Sofia, 19. März.

Eine etwa 30 Mann starke kommunistische Bande, die in Kalkoff bei Skumen die Sowjetrepublik ausgerufen hatte, wurde von Regierungstruppen vernichtet. In der Umgebung von Skumen wurden etwa 300 Gefangenen vorgenommen.

Lord Curzon ist gestorben.

London, 20. März.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Thugutt bleibt.

Warschau, 20. März.

Der Streit im polnischen Kabinett kann als beigelegt betrachtet werden. Der Ministerpräsident Grabki hatte gestern mit dem Minister Thugutt eine längere Besprechung, bei der es zu einer völligen Übereinstimmung der Ansichten kam. Minister Thugutt wird beschuldigt

Unschlüssigmachung einer kommunistischen Bande in Bulgarien.

Sofia, 19. März.

Eine etwa 30 Mann starke kommunistische Bande, die in Kalkoff bei Skumen die Sowjetrepublik ausgerufen hatte, wurde von Regierungstruppen vernichtet. In der Umgebung von Skumen wurden etwa 300 Gefangenen vorgenommen.

Lord Curzon ist gestorben.

London, 20. März.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben. Lord Curzon ist gestorben.

Thugutt bleibt.

Warschau, 20. März.

Der Streit im polnischen Kabinett kann als beigelegt betrachtet werden. Der Ministerpräsident Grabki hatte gestern mit dem Minister Thugutt eine längere Besprechung, bei der es zu einer völligen Übereinstimmung der Ansichten kam. Minister Thugutt wird beschuldigt

noch im Laufe des heutigen Tages sein Rücktritt gesucht zu werden.

Zu dieser Nachricht, die auch vollständig bestätigt wird, verläutert sehr bestimmt, daß Taggart kürzlicher Vorsitzender eines im Ministerium zu errichtenden Komitees für die Angelegenheiten des Reiches, des Inneren, des Unterrichts und für Agrarwesen angehören werden.

Unter der grünen Fahne des Propheten.

Konstantinopel, 19. März. Die türkische Regierung hat zur Niederwerfung des türkischen Aufstandes rund 100 000 Mann anatolische Truppen mobilisiert.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 19. März. Dem Reichstage ist das von der Reichsregierung angeforderte Ermächtigungsgesetz zugegangen.

Der Ministerdirektor A. D. Dr. Knipping ist zum Gesandten in Rio de Janeiro ernannt worden.

Hamburg, 19. März. In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerkammer wurde, wie bereits gemeldet wurde, nicht die gesamte kommunistische Fraktion, sondern nur die linken Kommunisten, welche sich gemeldet hatten, den Spitzsaal freiwillig zu verlassen.

Wetzlar, 19. März. Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

München, 20. März. Vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Münchner Untersuchungsrichter beauftragt worden, gegen die in Stuttgart verhafteten Kommunisten die Untersuchung zu führen.

London, 19. März. Feldmarschall French hat sich einer sehr schweren Operation unterziehen müssen.

London, 20. März. Die Maschinen und Geißel der Fischdampfer von Fleetwood haben ihre Drehung, die Arbeit einzustellen, wenn die Forderung der Ladungen deutscher Fischdampfer nicht aufhöre zur Durchführung gebracht.

London, 19. März. Der Staatssekretär des Inneren erteilte dem Liverpooler Magistrat die Vollmacht, gewisse Personen zu verhaften, die im Verdachte der Unterstützung der Arbeiterbewegung sind.

Koskau, 19. März. Im Alter von 55 Jahren ist Karamanoff, einer der vier Präsidenten des Exekutivkomitees der Sowjetunion, an Herzschlag gestorben.

Helsingfors, 19. März. Der Premierminister Jaganan überreichte heute dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts.

Vom Landtage.

Der Untersuchungsausschuss 'Barmat' des sächsischen Landtags trat am Donnerstag nachmittag zu einer kurzen Sitzung — der ersten — zusammen.

Im Rechtsausschuss des sächsischen Landtages wurde heute die Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufwertung der Gebäudeschuldensverpflichtungen der Bau-

besbraucherversicherungsanstalt wiederum beraten. Man einigte sich schließlich dahin, daß man in der Aufstockung bis zum 1. September 1925 zurückgehen könne.

Im Haushaltsausschuss A wurde heute ein Antrag der Deutschen Volkspartei betreffend die Abgabe der Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge behandelt.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgesetzblatt. Die am 20. März ausgegebene Nr. 10 von Teil I enthält: Weg über Ansetzung und Ergänzung der Gewerbeordnung; Weg über die Geltungsbauer von Vorschriften der Reichsverwaltungsordnung; sowie Weg über die Abänderung der Weg über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Dresden.

Notarernennung. Der Rechtsanwalt Dr. Johannes Wilhelm Thomas ist zum Notar für Dresden auf so lange Zeit ernannt worden, als er hier seinen Amtssitz haben wird.

Das Pressamt des Polizeipräsidenten teilt uns mit: Um Irrtümern Vorzubeugen, wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten über Zeitungshandel auf den Straßen der inneren Stadt vom 14. März d. J. darauf hingewiesen, daß § 156 der Polizeiverordnung nicht auf die Verbreitung von Presseerzeugnissen zum Zwecke der Wahlpropaganda beschränkt ist.

Stajja auf Zählern und Birnen. Das Pressamt des Polizeipräsidenten teilt uns mit: Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde dem Polizeipräsidenten bekannt, daß die hiesigen Zähler, die, wie allgemein schon im sächsischen Landtag festgestellt wurde, sich auch hier in Dresden in mehreren 'Klubs' zusammengeschlossen haben, am Abend in einem Tanzlokal in der Neustadt ein 'Vereinsabergang' abhalten würden.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volkshochschulwesens den vollen Abbau der Volkshochschule Neustadt und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen.

Furchtbare Wirkung des Tornado in Amerika.

Washington, 19. März.

Eine der furchtbaren Sturmkatastrophen in der Geschichte Amerikas hat, wie schon kurz berichtet worden ist, am Mittwoch nachmittags den südlichen Teil des Staates Illinois, den westlichen Teil von Mississippi und Teile des Staates von Missouri bis hinein nach Kansas heimgesucht.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

getöse ein. Das Brausen der Winde mischte sich mit dem Krachen der zusammenstürzenden Häuser.

Trümmerfeld voll Tod und Verderben

zurücklassen. Vollendete folgten. Reihenweit ziehen sich die Ruinen über die Landschaft hin.

Die Katastrophe hat sich in der Gegend von Murphysboro, die der Ausgangspunkt des Sturmes gewesen ist, gleich jetzt einem Tornado entfaltet. Die Leichen liegen auf den Straßen und unter Schutt.

Die Zahl der Toten.

Die Zahl der durch den Wirbelsturm Angetommenen beträgt fast zweitausend, die der Schwerverwundenen 63000.

Die Teilnahme Deutschlands.

Der Reichsminister Dr. Luitke hat in einem Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika die Teilnahme Deutschlands an der großen Katastrophe ausgesprochen.

Tageschronik.

Die Feuerbrunst in Tokio. Nach den neuesten Meldungen entwickelte sich die Feuerbrunst in Tokio zu einer furchtbaren Katastrophe.

Tageskalender.

Conradabend, 21. März. Staatsoper. Opernhaus. Aufgeführt: Die drei Mäder. Opernhaus. Aufgeführt: Die drei Mäder.

Der unterzeichnete Verband sucht zu möglichst baldigem Eintritt einen...

Geschäftsführer.

Der mit Beamtenerschaft angeheiratete Herr... der 50 Jahre alte Verführer Johann Güler...

Wettertelegraph.

Dresden: Höhe 110 m. Wm. — 1. Wm.: 3. Niederschlag: 2.3. Temperatur: 2. Schnee: 0 cm. Wind: W. Wetter: Bedeckt u. Schneetagen.

Familiennachrichten.

Für die vielen Beweise der Liebe und der freundschaftlichen Gesinnung beim Hinscheiden unseres teuren Familienoberhauptes, des Seniorhef der Rackow-Schulen, des Herrn...

August Rackow

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Ämtlicher Teil.

Der Bezirksamt für den Kreisbezirk... Dresden, am 18. März 1925.

Kreishauptmannschaft.

Auf Grund von § 23 Absatz 1 der Kreisverordnung vom 15. März 1923 wird der Bezirk...

Die Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 1608 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Bruno Belter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Amtsgericht Annaberg, 17. März 1925.

Auf Blatt 1655 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Glashütte Bärenstein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Amtsgericht Annaberg, 18. März 1925.

Für das bisher im Grundbuche nicht eingetragene Feldstück Nr. 857 des Grundbuchs für Regis-Fürst...

Amtsgericht Borna, 17. März 1925.

Auf Blatt 268 des hiesigen Handelsregisters, betreffend die Firma Olympia-Tennis-Sport- & Turnschuhfabrik...

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 16. März 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 590, die Firma August Doppel Schahfabrik...

Die Generalversammlung vom 11. Dezember 1924 hat die Umstellung des Grundkapitals durch Ermäßigung...

Amtsgericht Großschönau, am 14. März 1925.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 438, die Firma J. W. W. in Aktienform...

Amtsgericht Klingenthal, 11. Febr. 1925.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 95, betreffend die Firma Sächsische Schamotte-Fabrik...

Amtsgericht Königbrunn, 15. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 278, die Baumwollspinnerei...

Amtsgericht Lengenfeld (Sgt.), den 18. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden: am 12. März 1925, auf Blatt 707, die Firma Frey Goldbach...

am 17. März 1925; auf Blatt 1083, die R. W. Ziemler Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Amtsgericht Limbach, 17. März 1925.

In dem Kontrolloverfahren über das Vermögen der Firma Rosener Maschinenfabrik...

Amtsgericht Radeberg, 17. März 1925.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Radeberg i. B. ist eingetragen worden: am 27. Febr. 1925...

Amtsgericht Radeberg, 17. März 1925.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Radeberg i. B. ist eingetragen worden: am 29. Januar 1925...

Amtsgericht Radeberg, 17. März 1925.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Radeberg i. B. ist eingetragen worden: am 4. März 1925...

Amtsgericht Radeberg, 17. März 1925.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Radeberg i. B. ist eingetragen worden: am 10. März 1925...

Amtsgericht Radeberg, 17. März 1925.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Radeberg i. B. ist eingetragen worden: am 12. März 1925...

des Stammapitals durch Ermäßigung desselben auf 12 000 — ausstehend — Reichsmark...

Amtsgericht Reichenbach i. B., den 18. März 1925.

Auf Blatt 1478, Firma Eisenwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Amtsgericht Reichenbach i. B., den 18. März 1925.

Auf Blatt 318 des Handelsregisters, betr. die Firma Richard Klingner...

Amtsgericht Reichenbach i. B., den 18. März 1925.

Auf Blatt 152 des Handelsregisters, betr. die Firma Bösdorfer Maschinenfabrik...

Amtsgericht Zwenkau, 16. März 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 198 des Grundbuchs...

Amtsgericht Zwenkau, 17. März 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 590, die Firma August Doppel Schahfabrik...

Amtsgericht Zwenkau, 17. März 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 590, die Firma August Doppel Schahfabrik...

Dresden.

Stadtverordnetenversammlung. Das Kollegium hat sich am Donnerstag...

Der Rat hat seine Entschließung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten auf...

Aufhebung der Musikinstrumentsteuer. Solange aufrecht, bis der neue Finanzvergleich...

Der Rat hat seine Entschließung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten...

Der Rat wurde weiter beauftragt, bei der Landesregierung energisch dazuzusetzen...

Der Rat hat seine Entschließung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten...

Der Rat hat seine Entschließung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten...

Der Rat hat seine Entschließung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten...

In Erledigung eines Antrages Dienstwege wurde beschlossen, den Rat zu ersuchen...

Bewahrung gefährdeter Jugendlicher. In den Anfängen der Vermehrung...

Zahlreiche Initiativanträge der verschiedensten Art haben erst noch eine Ausschussberatung...

An Schlusse der Sitzung führte noch die Ratvorlage über den...

Neubau für den öffentlichen Arbeitsnachweis auf dem städtischen Grundstücke...

Für den Umbau des Rathauses für die Zwecke der Zentralisierung...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

wesen sei, sei dies bei Frau Schmidt nicht der Fall gewesen. Die Fahrlässigkeit...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

gelagten haben grob fahrlässig gehandelt, indem sie die elementarsten Grundfehler gemacht...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

Prozeß gegen Angekündigte der Staatlichen Frauenklinik. Nach Benennung einer Anzahl...

